

Wohlstand und Freiheit oder Staatswirtschaft und Armut. Wie kommen wir aus der Krise?

10.10.2020 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

"Die beste und sicherste Tarnung ist immer noch die blanke und nackte Wahrheit. Die glaubt niemand." So schrieb der Schweizer Schriftsteller Max Frisch (1911-1991).

Der blanken und nackten Wahrheit werden wir heute Abend auf die Spur kommen, und zwar unter der Überschrift: "Wohlstand und Frieden oder Staatswirtschaft und Armut". Wie kommen wir aus der Krise? Wenn Sie nach meinem Vortrag sagen: "Wir müssen auf freie Märkte setzen, wir dürfen uns nicht dem Staat anvertrauen", dann habe ich mein Ziel erreicht! Und wenn Sie sich auch noch für die Wege aus der Krise, die ich empfehle, begeistern, dann sind wir auch noch ein großes Stück vorangekommen, dem Sozialismus vielleicht doch noch von der Schippe springen zu können!

Der Wohlstand kommt von der freien Marktwirtschaft

Ich beginne mit einer sehr wichtigen Einsicht, die Ihnen tagtäglich begegnet, die Ihnen aber vielleicht so vertraut ist, dass Sie nicht mehr groß über sie nachdenken. Diese Einsicht lautet: Der freie Markt ist eine großartige Errungenschaft! Hier ist der Beweis: Gestern hatte ich Appetit auf einen Apfel. Der Obsthändler bot mir einen besonders schönen für 1 Euro an. Ich kaufte den Apfel zu diesem Preis. Frage: Was war der Apfel mir wert?

Antwort: Der Apfel war mir mehr wert als 1 Euro. Ansonsten hätte ich den Tausch ja nicht gemacht. Ich habe 1 Euro freiwillig hingegeben, der mir weniger wert war als der Apfel (der mir mehr wert war als 1 Euro).

Und der Obsthändler? Beim ihm war es genau umgekehrt: Ihm war der 1 Euro mehr wert als der Apfel. Deshalb hat der den Apfel freiwillig hingegeben im Tausch für 1 Euro.

Sie sehen: Freiwilliges Tauschen – und genau das findet im freien Markt statt – ist für alle Beteiligten nutzenstiftend. Sowohl ich als auch der Obsthändler haben uns durch den Tausch bessergestellt. Das ist das Wunder des freien Marktes! Der freie Markt kann aber noch viel mehr. Er sorgt dafür, dass die Güter produziert werden, die die Nachfrager zu kaufen wünschen. Unternehmer im freien Markt bemühen sich, die gewünschten Produkte und Dienstleistungen zu niedrigsten Preisen anzubieten – zum Wohl der Konsumenten.

Die Massenproduktion, die für den Verbrauch der breiten Bevölkerung bestimmt ist, ist ein Ergebnis der freien Märkte; und dass die Güterversorgung, der Lebensstandard für alle im Zeitablauf steigt. Das Geheimnis des freien Marktes ist das Gewinn-und-Verlust-Prinzip. Wenn die Unternehmen Güter produzieren, die von den Kunden gekauft werden, erzielen sie Gewinne. Diese Gewinne sind die Belohnung für gute Leistung, die von den Nachfragern honoriert wird.

Unternehmen, die Güter produzieren, die nicht nachgefragt werden, erleiden Verluste. Sie müssen besser werden, und wenn ihnen das nicht gelingt, scheiden sie aus dem Markt aus. Die besseren Unternehmen gewinnen dann Marktanteile hinzu, und davon profitieren die Kunden. In einem freien Marktsystem, das nicht vom Staat sabotiert wird, wird derjenige belohnt, der seinen Mitmenschen dient. Reichtum lässt sich in einem freien Markt nur schaffen, wenn die Verbraucher zufrieden sind mit der angebotenen Leistung. Der Kunde ist im wahrsten Sinne des Wortes König.

Ein Unternehmer muss sich jeden Tag aufs Neue beweisen. Lässt er nach in seiner Leistung, wandern die Kunden zu besseren Anbietern ab. Eine einmal errungene Erfolgsposition ist nicht in Stein gemeißelt. Der freie Markt befördert die Arbeitsteilung. Er sorgt dafür, dass jeder der Tätigkeit nachgeht, die er oder sie am relativ besten erfüllen kann.

Die Arbeitsteilung erhöht die Ergiebigkeit des Wirtschaftens: So lässt sich mehr und besser produzieren. Alle werden besser gestellt im Vergleich zu einer Situation, in der alle das, was sie benötigen, selbst erzeugen. Wenn Menschen sich arbeitsteilig organisieren, erkennen sie sich einander als hilfreich, als nützlich in der Bewältigung der Lebensherausforderungen, und das schweißt sie zusammen. Wer sich arbeitsteilig organisiert, der kämpft nicht gegeneinander, führt keinen Krieg. Der freie Markt wirkt friedensstiftend, national wie international.

Was aber ist mit Marktmacht, Kartellen und Monopolen? Und was ist mit Umweltschutz? Versagen da die freien Märkte nicht? Das sind gute und wichtige Fragen. Ich kann sie hier nicht ansprechen. An dieser Stelle sage ich nur: Die freien Märkte halten auch für diese drängenden Fragen passende Lösungen bereit!

Gegner der freien Märkte

Der Wohlstand des Westens ist das Ergebnis der freien Märkte. Ohne sie wäre der erreichte Grad an materieller Güterausstattung undenkbar. Ohne sie könnte eine Weltbevölkerung von mehr als 7 Milliarden Menschen nicht ernährt, bekleidet und behaust werden. Und trotz seiner Erfolgsbilanz hat das System der freien Märkte viele Gegner. Denn die freie Marktwirtschaft zeichnet etwas aus, was vielen tief in ihrem Inneren missfällt.

In einer freien Marktwirtschaft ist nämlich jeder seines Glückes Schmied. Jedermanns Lebensstellung hängt von ihm selbst ab. Jeder hat die Möglichkeit, mit Fleiß und Eifer aufzusteigen, seinen wirtschaftlichen Erfolg zu erringen. Jeder, dessen ehrgeizige Pläne sich nicht erfüllen, weiß daher recht gut, daß er seine Chancen nicht genutzt hat, daß er von seinen Mitmenschen geprüft, aber nicht als der Beste befunden wurde. Und das ist nicht immer leicht zu ertragen.

Wenn meine Frau mich vorwurfsvoll fragt: "Warum verdienst du nur so wenig Geld? Wenn du so tüchtig wärest wie dein früherer Schulkamerad Jeff Bezos, dann hätten wir jetzt ein Leben in Saus und Braus".

Wenn ich das höre, dann fühle ich mich gedemütigt. Und das Schlimme ist nicht nur die eigene Enttäuschung, sondern auch dass alle anderen sehen und wissen, dass ich nicht der Erfolgreichste bin. Und wenn ich mich da nicht im Griff habe, steigen Neid und Missgunst in mir auf. Diese Ressentiments richte ich natürlich nicht direkt gegen die Erfolgreichen. Oh nein, eine solche Blöße gebe ich mir nicht!

Ich sage meiner Frau: „Ja, der Jeff Bezos, der war schon in der Schule ein egoistischer Typ, immer auf seinen Vorteil bedacht. Wenn ich mich so wie Jeff verhalten hätte, ja dann hätte ich auch so reich werden können wie er. Aber ich bin eben ein ehrlicher Typ.“ Ich versuche der blanken und nackten Wahrheit zu entkommen, und ich suche nach einer Ausrede, nach einem Sündenbock. Und der ist schnell gefunden: Die freien Märkte sind es, die ungerecht, kalt und materialistisch sind, die solche Typen wie Jeff Bezos hervorbringen.

Ich erwärme mich an den Verheißungen des Sozialismus. Denn der verspricht eine gerechtere, eine gleichere und friedvollere Welt. Er will mich befreien vom unliebsamen Konkurrenzdruck, von meiner Unzufriedenheit, die ich im System der freien Märkte verspüre. Derartige Ressentiments erfassen nicht selten vor allem auch Menschen, die man als sogenannte „Intellektuelle“ bezeichnet. Das sind Leute, die eine höhere Bildung erfahren haben oder sich für gebildet halten, und die – das ist entscheidend – einen starken Einfluss durch Wort oder Schriften auf die Meinungen ihrer Mitmenschen ausüben.

Zu den Intellektuellen zählen zum Beispiel Lehrer, Professoren, Journalisten, Autoren, Literaten, Filmemacher, Schauspieler und Politiker. Die Intellektuellen meinen, ihre Tätigkeit sei besonders wichtig, dass sie höherstehend sei als die des Kaufmanns, des Geschäftsmanns, des Investors. Dass all diese Berufsgruppen höhere Einkommen haben als sie selbst, können die Intellektuellen nicht verstehen, es schürt vielmehr Missgunst in ihnen.

Sie denken: „Wie kann es sein, dass diese Geschäftemacher und Krämerseelen viel höher entlohnt werden als ich, wo ich doch so wichtiges tue? Da kann doch etwas nicht richtig sein mit diesen freien Märkten! Nicht wenige Intellektuelle verbreiten daher die Botschaft: In freien Märkten geht es nicht mit rechten Dingen zu! Freie Märkte sind nichts Gutes. Sie führen zu übersteigertem Konsum, zu Ungleichheit. Dagegen muss was getan werden! Der Staat muss die freien Märkte zähmen!

Es ist so gesehen kein Zufall, dass der Sozialismus eine Erfindung der Intellektuellen ist. Die Arbeitenden haben ihn nicht ersonnen. Er entspringt vielmehr wirren und verdrehten Gehirnen, die in Intellektuellenkreisen zuhauf anzutreffen sind.

Die Rolle der Intellektuellen

Die marktfeindliche Einstellung der Intellektuellen weiß der Staat für sich zu nutzen. Vorrasschauend hat er daher die meisten Intellektuellen auf seine Lohnliste genommen. Der Staat erkennt: Die Intellektuellen arbeiten besonders gut in seinem Sinne, wenn er sie bezahlt, ihnen Anstellung und Prestige verschafft.

Dass die Intellektuellen einen großen Einfluss auf die Meinung der breiten Bevölkerung haben, liegt daran,

dass die meisten Menschen nicht eigene Ideen entwickeln, sondern den Ideen von „Experten“ folgen. Das ist nicht verwerflich: Beispielsweise folgt man bei Gesundheitsfragen auch dem Ratschlag der Experten, also der führenden Ärzte. Die Voreingenommenheit der Intellektuellen gegen die freien Märkte entfaltet nun aber eine besondere Breitenwirkung, färbt negativ auf die gesamte Gesellschaft ab.

Denn die Intellektuellen schieben alle Übelstände - ob Finanz- und Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, Einkommensungleichheit, Altersarmut und Umweltprobleme - den freien Märkten in die Schuhe. Auch viele Ökonomen tun sich dabei hervor. Sie reden einer Politik das Wort, die das System der freien Märkte aushöhlen oder im Extremfall ganz abschaffen wird - und dem Sozialismus den Boden bereitet.

Der Interventionismus

Diese weit verbreitete marktfeindliche Haltung, die antikapitalistische Mentalität, hat mittlerweile ganze Arbeit geleistet. Weltweit findet man kein System der freien Märkte mehr vor, sondern nur noch Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, die man als "Wirtschaft der staatlichen Eingriffe" oder im Fachjargon "Interventionismus" bezeichnen muss. Wenn heute auf das freie Marktsystem geschimpft wird, der "Kapitalismus" für irgendwelche Übelstände verantwortlich gemacht wird, dann ist das Etikettenschwindel!

Nirgendwo gibt es freie Märkte, überall greift der Staat ein - mit Steuern, Ge- und Verboten, Verordnungen, Gesetzen, Regulierungen. Bildung (Kindergarten, Schule, Universität), Gesundheit, Pensionen, Medien, Recht und Sicherheit, Geld und Kredit, Verkehrswege, Umwelt. Überall ist der Staat zum dominanten Akteur aufgestiegen. Kein Bereich bleibt vor ihm verschont. Der Interventionismus (in Deutschland ist er als "soziale Marktwirtschaft" bekannt) ist das vorherrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell auf der Welt geworden. Es findet sich in den USA, Europa, Asien, Lateinamerika, Afrika.

Der Interventionismus breitet sich wie ein Tintenfleck immer weiter aus. Im Zuge einer Salamtaktik - Stück für Stück, Schritt für Schritt - schafft er die freie Marktwirtschaft ab, überführt sie - wenn man sich nicht vom Interventionismus abkehrt - in eine Befehls- und Lenkungswirtschaft, eine sozialistische Planwirtschaft.

Unmöglichkeit des Sozialismus

Doch der Sozialismus muss scheitern. Das hatte der Ökonom Ludwig von Mises (1881-1973) bereits 1919 abschließend erklärt. In aller Kürze lautet Mises' Erklärung wie folgt: Im Sozialismus gibt es kein Privateigentum. Daher können die Produktionsmittel nicht auf Märkten gehandelt werden. Es gibt folglich auch keine Marktpreise für sie. Ohne Marktpreise für die Produktionsmittel kann man keine Wirtschaftsrechnung betreiben. Man kann nicht wissen, welche Güter knapp sind, und wie und wann die verfügbaren Mittel einzusetzen sind, um die gewünschten Güter zu produzieren. Weil die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus unmöglich ist, führt der Sozialismus zu Mangel, Verarmung, aber auch zu Zwang und Gewalt.

Das ist eine Erkenntnis, die Mises vor mehr als 100 Jahren formulierte! Sie ist bis heute unwiderlegt. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass man beim nächsten Sozialismusversuch nur bessere und klügere Personen an die Schaltstellen der Macht setzen muss, und dass der Sozialismus dann funktionieren wird. Nein, der Sozialismus ist unmöglich, er ist undurchführbar, endet in einer humanen Katastrophe, wie Mises es aufgezeigt hat.

Das ungedeckte Geldsystem

Eine der wohl dramatischsten Auswüchse des Interventionismus findet sich im Geld- und Kreditsystem. Ob US-Dollar, Euro, japanischer Yen oder Schweizer Franken: Sie alle sind staatliches Monopalgeld. Die Zentralbanken haben das Geldmonopol inne, und sie Vermehren die Geldmenge fortlaufend (in enger Kooperation mit den Geschäftsbanken). Bei US-Dollar, Euro und Co handelt es sich um ungedecktes Geld (man kann es auch als Fiat-Geld bezeichnen), und es wird per Kreditvergabe in Umlauf gebracht. Das ungedeckte Geld leidet unter ökonomischen und ethischen Defekten.

(i) Fiat-Geld ist inflationär. Es verliert seine Kaufkraft im Zeitablauf, weil seine Menge von den staatlichen Zentralbanken unablässig vermehrt wird.

(ii) Fiat-Geld begünstigt einige auf Kosten vieler. Es sorgt für eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen, indem es die Erstempfänger des neuen Geldes begünstigt auf Kosten derjenigen, die die neue Geldmenge erst später erhalten oder gar nichts von ihr abbekommen (das ist der "Cantillon Effekt").

(iii) Fiat-Geld sorgt für Wirtschaftsstörungen, für schädliche Boom-und-Bust-Zyklen.

(iv) Das ungedeckte Geld treibt die Volkswirtschaften in die Überschuldung: Die Schuldenlasten wachsen im Zeitablauf stärker an, als die Einkommen zunehmen.

(v) Das Fiat-Geld lässt den Staat auswuchern - zu Lasten der Freiheit der Bürger und Unternehmer; es ebnet den Weg in den "tiefen Staat".

(vi) Das ungedeckte Geld beschädigt die Moral- und Wertevorstellungen der Menschen, führt zu einer "Umwertung aller Werte", um eine Formulierung von Friedrich Nietzsche (1844-1900) zu gebrauchen.

Die Oligarchisierung der Demokratie

Das ungedeckte Geld hat auch schlimme Folgen für die Demokratie. Es vergrößert ihr zentrales Problem - und das ist ihre Tendenz, sich in eine Oligarchie zu verwandeln, also in eine Herrschaft der Wenigen über die Vielen - und damit die Idee der Demokratie auf den Kopf zu stellen. Diese Einsicht legte der Soziologe Robert Michels (1876-1936) in seinem Buch "Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie" dar, erschienen im Jahr 1911. Michels formuliert darin das "eherne Gesetz der Oligarchie".

In Demokratien bilden sich, so Michels, Parteien heraus. Parteien sind Organisationen, und sie bedürfen der festen Führung. Die übernimmt eine kleine Gruppe von Menschen - die besonders gewieft ist und den Willen zur Macht hat. Über kurz oder lang sind es die wenigen, die sich des Parteiapparates bemächtigen. Weil sie den Parteiapparat von unten bis oben beherrschen, können sie sich auch gegen Kritik von innen und außen wirksam immunisieren. Es entsteht eine oligarchisierte Parteilite.

Die Parteilite kann sich sogar vom Partei- und Wählervotum entfernen, eigne Ziele verfolgen, mit Lobbygruppen ("Big Business") kooperieren, und der Wählerwille bleibt auf der Strecke. Es bildet sich ein Kartell zwischen den Parteien heraus, das den Weg zur Oligarchisierung der Demokratie ebnet und den Parteioligarchen weitgespannte Handlungsspielräume eröffnet.

Die Parteidemokratie - wenn man sich von ihr die Selbstbestimmung der Wähler erhofft - ist eine große Illusion, so Robert Michels: In der Demokratie kommt es vielmehr zur Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber. Extreme Politiken lassen sich dann umsetzen, die auf basis-demokratischem Wege nicht so ohne weiteres möglich wären - wie der Abbau nationalstaatlicher Souveränität zu Gunsten supra-nationaler Institutionen, die "Politik der offenen Grenzen" oder die Schaffung einer Weltwährung.

Ungedektes Papiergeld und Demokratie

Welche Rolle hat dabei das staatlich monopolisierte Geld? Die Antwort liegt auf der Hand: In der Demokratie buhlen Parteien um Wählerstimmen. Politiker wissen: Um an die Macht gewählt zu werden, kauft man sich am besten die Stimmen der Wähler. Man verspricht ihnen Wohltaten: bessere Schulen, hohe Renten, mehr soziale Gerechtigkeit, etc.

Finanziert werden die Versprechungen vor allem mit neu gedrucktem Geld. Der Staat gibt dazu neue Anleihen aus, die von der Zentralbank oder den Banken gekauft werden, und auf diese Weise wird neu geschaffenes Geld in die Staatskasse gespült.

Der Staat reicht das Geld an die Menschen weiter, die ihm nützlich sind, die seine Herrschaftsmacht stützen. Und die Menschen, die ihm hinderlich sind, die ihn in Frage stellen, haben das Nachsehen. Der demokratische Staat erhält seine Macht und weitet sie aus, indem er - dank der Geldmengenvermehrung - immer mehr Menschen finanziell von sich abhängig macht: Ganze Berufsstände, ganze Industrien, Pensionäre sowieso. Der Staat spaltet die Gesellschaft in zwei Klassen: Netto-Steuerproduzenten und Netto-Steuerkonsumenten (und zu letzteren zählt auch der Staat und seine Bediensteten und seine Günstlinge).

Der Staat

Damit dringen wir, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, zu einer unangenehmen Einsicht (einer weiteren blanken und nackten Wahrheit) vor. Der Staat ist kein wohlmeinender Patron, für den ihn immer noch viele halten; er ist nicht die schützende Hand, die viele in ihm sehen. Der Staat (wie wir ihn heute kennen) ist ein territorialer Zwangsmonopolist mit der Letztentscheidungsmacht über alle Konflikte auf seinem Gebiet, ausgestattet mit der Macht zur Besteuerung seiner Untergebenen. Ein solcher Staat ist - ob nun in der Form der Monarchie

oder der Demokratie - nicht auf natürlichem Wege entstanden, sondern durch Zwang und Gewalt.

Und daher ist er auch unvereinbar mit dem Selbstbestimmungsrecht, das Sie und ich qua unseres Menschseins haben, und das man nicht widerspruchsfrei in Abrede stellen kann. Der Königsberger Philosoph der Aufklärung, Immanuel Kant (1724-1804), sprach in diesem Zusammenhang von der vernünftigen Autonomie: Wir sind es, so Kant, die nach selbst gesetzten, gut begründeten Regeln unser Leben, unsere Geschicke zu lenken haben.

Das Selbstbestimmungsrecht bedeutet, dass jeder Mensch Herr und Eigentümer seines Körpers ist; und dass er auch der Eigentümer der Güter ist, die er friedvoll, also auf nicht-aggressiven Wegen erwirbt (wie es bei Inlandnahme, Produktion und Tausch der Fall ist).

Es ist nicht schwer zu erkennen, dass der Staat (wie wir ihn heute kennen) unverträglich ist mit dem individuellen Selbstbestimmungsrecht.

Nun könnte man vielleicht sagen: Zugegeben, der Staat ist zwar mit meinem Selbstbestimmungsrecht nicht vereinbar. Aber er schränkt es ja nur teilweise ein, und das kann ich verschmerzen, zumal er mir ja auch noch einige Dienste gewährt. Das Problem mit diesem Argument ist jedoch: Der Staat (wie wir ihn heute kennen) wird immer größer und mächtiger. Er lässt sich nicht kleinhalten.

Der Philosoph und Ökonom Hans Hermann Hoppe (*1949) hat das treffend auf den Punkt gebracht: Selbst ein Minimalstaat wird früher oder später zum Maximalstaat. Die blanke, die nackte Wahrheit ist: Der Staat (wie wir ihn heute kennen) wird tyrannisch, wenn man ihn nicht stoppt. Und er wird derzeit nicht gestoppt.

Kulturmarxismus

Wenn Sie den Eindruck haben, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, dass sich hinter Klimawandel, Coronavirus und Lockdown-Krise vermutlich auch radikal-sozialistische Kräfte verbergen, liegen Sie vermutlich nicht falsch. Man kann zumindest den Eindruck gewinnen, dass sich vor unseren Augen eine Neuauflage der Marx'schen Verelendungstheorie abspielt, die mit Panikmache Dinge durchzusetzen versucht, die die freie Gesellschaft, das System der freien Märkte (oder das, was von ihm noch übrig ist) zertrümmern.

Die geistigen Fingerabdrücke einer neomarxistischen (oder kulturmarxistischen) Agitation sind unübersehbar, dies- und jenseits des Atlantiks. Ihre Ziele sind nicht zu überhören: Es wird von "großer Transformation", "neuer Weltordnung", "Umbau der Wirtschaft", "Neustart" (oder: "Reset") gesprochen. Ein Wortrepertoire, das nicht von Ungefähr (und dunkel) an die Zeiten von Mao Tse-tungs "Kulturrevolution" erinnert. Eine seit langem gehegte und gepflegte Saat der geistigen Verirrung und Verwirrung geht auf.

Ihre Ursprünge sind beispielsweise beim italienischen Marxismus-Theoretiker Antonio Gramsci (1891-1937) auszumachen. Er vertrat die Auffassung, dass der Marxismus sich im Westen (anders als in Russland) nicht durch einen blutigen Umsturz errichten lasse.

Man müsse hier anders vorgehen, und zwar müsse man das bürgerliche Moral- und Wertesystem umstürzen, die bürgerliche Gesellschaft zerrütten.

Ehe, Familie, Eigentum, Recht, Grenzen, Nation und christlicher Glaube sind zu relativieren und zu diskreditieren. Konflikte sind herbeizureden und zu schüren - zwischen Arm und Reich, Frau und Mann, Weißen und Schwarzen; die Sprache sei neu zu regeln (Stichwort "Political Correctness"); Geschichte müsse umgedeutet werden; Denkmäler seien umzureißen, das freie und vernünftige Denken abzuwürgen.

Und als Ursache aller gesellschaftlicher Übelstände wird das System der freien Märkte, der Kapitalismus, gebrandmarkt: Der Kapitalismus sei das Kernübel und müsse abgeschafft, durch den Sozialismus ersetzt werden. Diese Vermutung (dass im sozialistischen Lager die radikalen Kräfte immer stärker vordringen) scheint mir wichtig zu sein für die Deutung der Folgen, die die politisch diktierte Lockdown-Krise nach sich ziehen wird.

Weg in den Lenkungsstaat

Viele von Ihnen fragen sich vermutlich: Kommt mit der Corona-Krise der große "Crash"? Gehen die Banken unter, endet alles in Hyperinflation, zerfällt der Euro, bricht die EU auseinander?

Ich bin schon viele Jahre im Prognosegeschäft und darf sagen: So gern wir die Zukunft auch heute schon

wissen wollen, die wissenschaftlichen Mittel reichen nicht aus, sie zu erkennen. Wir können nicht mit wissenschaftlicher Gewissheit wissen, was kommt. Was ich allerdings beobachte, ist, dass viele Prognosen die Macht und die Entschiedenheit der oligarchisierten Demokratien unterschätzen, wenn es gilt, sich vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Ich vermute, dass Regierenden und Regierten kein Preis zu hoch sein wird, den Kollaps des ungedeckten Papiergeldsystems abzuwenden durch einen quasi unbegrenzten "Bail Out". Und genau das zeigt sich jetzt in der Lockdown-Krise. Alles wird unternommen, den "Crash" abzuwenden. Die Staaten verschulden sich in kriegsähnlichem Ausmaß, es wird immer mehr neues Geld in Umlauf gebracht. Das ist auch der Grund, warum ich die Wahrscheinlichkeit für einen unmittelbar bevorstehenden Crash des ungedeckten Papiergeldsystems für relativ gering halte. Wohlgedenkt: Sie ist nicht null Prozent, aber doch eben relativ gering.

Meine Befürchtung ist, dass der Kampf gegen den Kollaps des Papiergeldsystems und der Auswüchse, die es gebracht hat, die westliche Welt in eine Lenkungs- und Befehlswirtschaft überführt - ganz ähnlich dem Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das die Nationalsozialisten im Dritten Reich errichteten. Hier galt: Das Eigentum an den Produktionsmitteln blieb zwar formal erhalten. Doch der Staat lenkte Produktion und Verteilung zusehends nach seinem Willen durch Gesetze, Regulierungen und Vorgaben. Der Weg in die Befehls- und Lenkungswirtschaft - dem sich derzeit kaum jemand entgegenstellt -, wird den System-Crash vertagen; mit ihm wird so etwas wie ein Schrecken ohne Ende möglich.

Wege aus der Krise

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich sage damit nicht, dass es so kommen muss. Die Zukunft der Menschheit ist nicht festgelegt, ist nicht unwiderruflich vorherbestimmt - wie marxistische Denker es gern behaupten. Sie hängt vielmehr davon ab, wie wir Menschen handeln: Welche Ziele wir anstreben, und welche Mittel wir dazu einsetzen.

Wenn die Menschen der Idee verfallen, der Sozialismus bringe das Heil auf Erden, dann setzen sie alles daran, den Sozialismus zu errichten, ohne Rücksicht auf Verluste. Wenn wir hingegen der Idee anhängen, dass der freie Markt uns zu einem besseren Leben, zu einer besseren Welt verhilft, dann werden wir auch alles daran setzen, freie Märkte zu schaffen und zu erhalten.

Anders gesagt: Es sind die Ideen, die unser Handeln bestimmen. Wohin unsere Reise geht, wird im "Kampf widerstreitender Ideen" bestimmt.

Die Gegner des freien Marktes, der freien Gesellschaft, sind alle marktfeindlichen Ideologien: Kollektivismus, Sozialismus, Marxismus, Kulturmarxismus, Faschismus und Nationalsozialismus. Geht es nach ihnen, darf der einzelne Mensch seine Geschicke auf dieser Welt nicht eigenverantwortlich lenken. Das Individuum soll vielmehr einem Führer oder einer kleinen Gruppe von Personen (dem Zentralbüro) unterstellt werden, die über ihn herrschen.

Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren: Wer frei sein will, der muss gegen eben diese Ideen aufstehen, muss sie als unheilvoll entlarven und bekämpfen.

In diesem Kampf muss man auch der blanken und nackten Wahrheit ins Auge sehen, dass die Gegner der freien Märkte, der freien Gesellschaft, den Staat einsetzen, um die Hoheit über die Ideen zu erlangen und abzusichern. In Schule und Universität werden heutzutage vorzugsweise interventionistische-sozialistische Lehren verbreitet, die Lehre von den freien Märkten findet bestenfalls als Fußnote noch Erwähnung.

Wer meint, man könne den Staat (wie wir ihn heute kennen) einsetzen, um die Freiheit zu bewahren oder sie wiederzuerlangen, der unterliegt einem fatalen Irrtum. Zur Freiheit geht es nicht mit dem Staat (wie wir ihn heute kennen), sondern nur gegen ihn.

Zehn Maßnahmen

Um zum Ziel zu gelangen, muss man den besseren Ideen zum Durchbruch verhelfen. Zu hoffen, das Umdenken und Umlenken könne aus der Politik selbst bewirkt werden, ist wenig aussichtsreich, ist illusorisch; und auch das halte ich für eine blanke, nackte Wahrheit.

Man muss in den Kampf der Ideen einsteigen und die Revolution von unten entfachen - eine "Graswurzelbewegung" in Gang setzen. Und dafür will ich Ihnen zehn praktikable Maßnahmen nennen, die aus meiner Sicht erfolgversprechend sind.

1) Verbreiten Sie die Botschaft, dass die freien Märkte Wohlstand und Frieden schaffen, Sozialismus

hingegen Armut und Gewalt bringt. Vermitteln Sie diese Einsicht, wo immer sie können: im Familienkreis, in der Nachbarschaft, im Sportverein. Richten Sie ihre Botschaft vor allem an ihre Kinder, Enkel und Patenkinder.

2) Raten Sie die jungen Menschen davon ab, ein Studium aufzunehmen, dass sie zu Bürokraten, zu öffentlichen Angestellten, zu Ameisen in Großkonzernen werden lässt. Entmutigen Sie insbesondere junge Menschen, Sozial- und Politikwissenschaften zu studieren. (Und raten Sie dazu, sich Volkswirtschaftslehre auch außerhalb der Universität anzueignen).

3) Verschenken Sie zu Geburtstagen und Festtagen Bücher von Mises, Hayek und anderen libertären Denkern.

4) Versenden Sie per Mail Artikel und Videovorträge an Freunde und Berufskollegen, in denen die freiheitliche Lehre erklärt werden. Sie finden im Internet ein reichhaltiges Angebot.

5) Widersprechen Sie aktiv all denen, die bewusst oder unbewusst sozialistische Ideen verbreiten. Schreiben Sie Leserbriefe, melden Sie sich auf Social Media zu Wort.

6) Suchen Sie Kontakt zu und Austausch mit Gleichgesinnten. Besuchen Sie Konferenzen und Vortragsveranstaltungen, auf denen die Lehre der freien Märkte verbreitet wird. Laden Sie ihre Kinder, Enkelkinder und Patenkinder, Freunde, Nachbarn ein, Sie zu dabei zu begleiten.

7) Veranstalten Sie im Freundeskreis Diskussionsabende. Schicken Sie dazu jedem Gast vorab einen Aufsatz von Mises, Hayek und Co, verbunden mit der Bitte, den Aufsatz vorher durchzulesen.

8) Verbreiten Sie Zuversicht unter Ihren Gesprächspartnern, und bleiben Sie stets sachlich und höflich, gehen Sie mit gutem Beispiel voran, verlieren Sie nie die Geduld.

9) Konsumieren Sie so wenig wie möglich das Angebot der Hauptstrom-Presse. Lesen Sie stattdessen ein gutes Buch und hören klassische Musik.

10) Wählen Sie keine Politiker, die Ihnen das Bargeld wegnehmen und das staatliche Geldmonopol erhalten wollen, oder die so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen wollen.

Zwei zentrale Ideen

Es gibt eine ganze Reihe von Wegen, wirksam Einfluss auf die Ideen zu nehmen. Jeder hat die Möglichkeit, gute Ideen zu verbreiten. Auf zwei besonders wirkungsmächtige thematische Ideen lohnt es sich zu konzentrieren. Die erste Idee lautet: Informieren Sie ihre Mitmenschen darüber, dass das ungedeckte Papiergeldsystem das große Übel unserer Zeit ist.

Eine große Zahl von Menschen - das ist meine Überzeugung - wird das verstehen. Und aus diesem Verstehen erwächst Widerstand und Umdenken. Vor allem dann, wenn Sie Ihren Gesprächspartnern sagen, dass es besseres Geld gibt. Erklären Sie Ihren Gesprächspartnern beispielsweise klipp und klar, dass sie alles verlieren werden, wenn Sie dem Euro vertrauen.

Die zweite Idee lautet: Setzen Sie ihre Mitmenschen darüber in Kenntnis, dass jeder Mensch ein unbestreitbares Recht auf Selbstbestimmung besitzt; dass sie und ich ein nicht in Abrede zu stellendes Recht haben, eigenbestimmt zu leben - und dass sie und ich kein Recht haben, anderen ihr Selbstbestimmungsrecht abzusprechen.

Diese zentrale Erkenntnis der Aufklärung, dass jeder von uns ein Selbstbestimmungsrecht besitzt, bedeutet, konsequent zu Ende gedacht, vor allem eines: Sie und ich haben das Recht, aus einem Staat (wie wir ihn heute kennen) auszusteigen, wir haben das Recht zur Sezession. Und darin, sehr verehrte Damen und Herren, liegt auch ein Schlüssel zu Wohlstand und Frieden, um Staatswirtschaft und Armut zu verhindern: im Aufspalten der großen politischen Einheiten in kleine politische Einheiten.

Es gibt gute Gründe zu glauben, eine politische Einheit wie die EU ist zu groß; und auch die Vereinigten Staaten von Amerika sind zu groß; China sowieso, und Russland auch. Auch die Bundesrepublik Deutschland erscheint zu groß zu sein. Kleine politische Einheiten sind besser, sie sind wohlhabender und friedvoller. Denken Sie nur an die Rangliste der wohlhabenden Länder: Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Hong Kong, Singapur. Alles Kleinstaaten.

Der Grund für ihren Erfolg liegt auf der Hand: Kleine politische Einheiten sind angewiesen auf Handel, auf

Kapitalimporte, sie müssen freundlich zu ihren Bürgern sein, müssen niedrige Steuern haben, damit Talente sich ansiedeln und nicht abwandern. Das Bestreben, große politische Einheiten in viele kleine politische Einheiten aufzulösen, ist ein sehr erfolgsversprechender Weg, um dem Sozialismus, der vor der Tür steht, noch von der Schippe springen zu können.

Soll doch Berlin den Kommunismus in den eigenen Landesgrenzen einführen. Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und auch der Freistaat Sachsen treten dann aus der Bundesrepublik Deutschland aus - und sie werden Wohlstand und Frieden genießen können, sie werden nicht in Staatswirtschaft und Armut enden. Gerade der Freistaat Sachsen! Warum macht sich Sachsen nicht frei, macht sich nicht freier als die anderen Bundesländer - und tritt aus der Bundesrepublik aus und schließt ein Freihandelsabkommen mit dem Rest der Bundesländer?

Oder die Sachsen machen einen ersten kleinen Schritt und schaffen eine Sonderwirtschaftszone. Wer in Sachsen wohnt und arbeitet, zahlt nur 25 Prozent Einkommenssteuer. Wie das? Hat eine Person 42 Prozent Einkommenssteuer gezahlt (weil der Bund das so will), gewährt der Freistaat Sachsen ihr einen Steuerbonus (den "Sachsenbonus") von 17 Prozent. Sie werden sehen: Sachsen wird das Singapur Europas!

Wenn Sie nicht glauben, dass das, was ich Ihnen vortragen habe, wahr ist, dann habe ich offensichtlich die beste und sicherste Tarnung gewählt, weil ich - frei nach Max Frisch - die blanke und nackte Wahrheit ausgesprochen habe - denn die glaubt ja niemand. In jedem Falle hoffe ich, dass ich Ihnen Mut machen konnte: Dass es einen Weg aus der Krise gibt, dass Wohlstand und Freiheit möglich sind, dass wir Staatswirtschaft und Armut verhindern können; zumal alle vernünftigen Argumente auf der Seite der Freiheitskämpfer sind.

© Prof. Dr. Thorsten Polleit
Auszug aus dem Marktreport der [Degussa Goldhandel GmbH](#)

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/467949--Wohlstand-und-Freiheit-oder-Staatswirtschaft-und-Armut.-Wie-kommen-wir-aus-der-Krise.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2020. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).